

critica

Zeitung von dielinke.SDS
(Sozialistisch-Demokratischer
Studierendenverband)
Ausgabe Nr. 22 / 2019



Wohin marschiert die EU?

Für ein solidarisches Europa müssen wir
gemeinsam kämpfen. **S.2-3**

Feminismus

Warum der Kampf um Gleichheit weiter nötig ist **S.6-7**

Antifaschismus

Gelebte Solidarität und Antifaschismus in Sachsen **S.9**

Medien

Zeitdruck und Stimmungsmache **S.14**

Liebe Leserin,
lieber Leser,

die critica Redaktion nimmt die kommende Europawahl zum Anlass tiefer in das Konstrukt EU einzutauchen. Und das sieht nicht besonders positiv aus: das „Friedensprojekt EU“ fordert in Wirklichkeit viele Menschenleben und wirtschaftliche Interessen stehen weit vor dem demokratischen Anspruch (S.2/3). Einen Ansatz für Frieden zu sorgen, sieht Chris in der Abrüstung der Universitäten (S.10). In Frankreich fordern die Gelbwesten-Proteste schon seit einiger Zeit ein anderes Europa. Sebastian schätzt die Lage und ihre Erfolgchancen ein (S.4).

Genauso gute Gründe auf die Straße zu gehen haben weltweit auch viele Frauen*. Rhonda zeigt, dass das antikapitalistische Profil die neuen feministischen Bewegungen vereint (S.6), während Lea zeigt, dass auch die Streikbewegungen am 8. März weltweit viele Frauen* im gemeinsamen Kampf vereint (S.7).

Ein antikapitalistisches Profil hat auch die neue Ökologiebewegung, denn ein grüner Kapitalismus wird den Klimawandel und die Umweltzerstörung nicht aufhalten (S.11). Die feministischen und ökologischen Kämpfe sind auch eine Antwort auf das Erstarken der AfD. Das hinter ihren „sozialen“ Forderungen immer noch ein neoliberales Gesicht und blanker Rassismus stehen, zeigen Marlen und Jary auf Seite 8. Die Antifaschist*innen in Sachsen sehen schwarz...und blau, denn das könnte noch in diesem Jahr politische Realität werden. Wie schwer antifaschistischer Widerstand im ländlichen Raum ist, beschreibt Danilo auf Seite 9. Der Rechtsruck betrifft nicht nur Europa, auch in Lateinamerika sind die Rechte auf dem Vormarsch (S.13) Ein anderer Brennpunkt in Europa liegt momentan in Nordirland, denn der Brexit gießt dort Öl auf das immer noch heiße Feuer eines andauernden Konflikts (S.12).

Impressum

critica: Semesterzeitung von dielinke.SDS

Nr.22/2019, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Redaktion: Anna Landherr, Anna Lindner, Benni R., Bettina Gutperl, Chris Ott, Danilo Streller, Dorian Tigges, Felix Jaschik, Jakob Graf, Jakob Migenda, Janis Ehling, Jary Koch, Jere Nollenberger, Lea Flock, Marlen Borchardt, Rhonda Koch, Sebastian Chwala, Sergen Canoglu

Layout: Mail Brückner

Illustrationen: Pia Chwalczyk

Cover: Pia Chwalczyk

Druck: Nordost-Druck, Flurstraße 2, 17034 Neubrandenburg

VisDP: Rhonda Koch, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Anzeigen und Bestellungen:

info@critica-online.de

www.linke-sds.org

In welchem Europa wollen wir leben?

Am 26. Mai wird ein neues Europäisches Parlament gewählt. Anlass genug, sich mit der aktuellen Lage der Europäischen Union auseinanderzusetzen, findet **Dorian Tigges**.



Während Flüchtlinge an den EU-Grenzen sterben, gelten diese für Unternehmer*innen nicht.

Als sich die griechische Bevölkerung 2015 in einer Volksabstimmung mehrheitlich gegen ein Weiter-So der Spardiktate von EZB und Troika und für ein Ende des Sozialabbaus aussprach, schien ein besseres Europa kurzzeitig möglich. Ein Europa, das so viel mehr als Massenarbeitslosigkeit, Schuldenbremse und Sozialstaatsabbau bedeuten könnte. Ein Europa, das tatsächlich, wie in zahllosen Sonntagsreden immer wieder beschworen, eine friedliche Rolle in der Welt spielt, ein solidarisches Miteinander der Menschen und Staaten sicherstellt und auf gegenseitiger Kooperation und Unterstützung basiert.

Doch kaum drei Tage später, als das griechische Parlament gezwungen wurde, eben jenen Spardiktaten zuzustimmen, die das Volk zuvor abgelehnt hatte, wurde klar, dass in der EU - ebenso wie in der Eurogruppe - weniger demokratische Prinzipien als vielmehr wirtschaftliche Interessen dominieren.

Was bisher geschah...

Dies liegt auch nahe, wenn man sich die Geschichte der EU genauer anschaut. Sie war, angefangen bei ihren ersten Vorgängerorganisationen in den 1950er Jahren, immer eine Institution, deren primäre Aufgabe in der stärkeren Vernetzung und gegenseitigen Öffnung der (west-)europäischen Binnenmärkte bestand. Das sollte natürlich auch dazu dienen, in

Westeuropa ein gemeinsames Wirtschaftssystem aufzubauen, welches konkurrenzfähig mit jenem des Ostblocks war, und insbesondere die Bundesrepublik als Vorposten der USA in Europa zu stärken. Die in den grundlegenden Verträgen postulierten Europäischen Grundfreiheiten sind daher auch vielmehr Freiheiten für Waren- und Kapitalströme als für Menschen, seien sie europäische Bürger*innen oder nicht. Einzig das Schengener Abkommen brachte ab Mitte der 1980er Jahre einen Wegfall der Grenzkontrollen und eine verstärkte innereuropäische Freizügigkeit für seine Einwohner*innen.

Auch sind die Europäische Union bzw. Gemeinschaft und ihre Mitgliedsstaaten bis heute eng mit den Strukturen der NATO verbunden. Provokative Militärparaden an der russischen Grenze, wie etwa in Estland geschehen, sind nicht getrennt von der europäischen Außenpolitik zu sehen. Vielmehr gehen wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit häufig Hand in Hand.

Den Wohlstand abschotten

In den letzten Jahren machte die EU und ihre sogenannte Grenzschutzagentur Frontex mit einer zutiefst menschenverachtenden Politik von sich reden. Dass alles dafür getan wird, flüchtende Menschen aus den

Bürgerkriegs- und Armutsregionen des globalen Südens möglichst bald in Elend und Lebensgefahr zurückzuschicken, reicht anscheinend nicht mehr aus. Durch Repressionen gegen zivile Seenotrettungsmissionen wie die Lifeline wird massenhaft dafür gesorgt, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken oder in libyschen Auffanglagern unter schlimmsten Bedingungen festgehalten werden. Verträge der EU mit autokratischen Regimes in Nordafrika dienen dabei ebenso wie eine sich immer weiter zuspitzende Militarisierung der Grenzsicherung zur weiteren Perfektionierung dieser Abschottungspolitik. Einer Abschottung, die maßgeblich dazu dient, die EU-Staaten gegen das, insbesondere durch internationalen Handel, auch von ihnen verursachte Elend im Rest der Welt zu immunisieren. Dass auf Kosten des „Europäischen Friedensprojekts“ Millionen von Menschen anderswo verhungern, ertrinken, vergewaltigt oder ermordet werden, spielt für die mächtigen politischen Akteure keine Rolle und soll es auch für die europäische Bevölkerung nicht tun.

So ist die Europäische Union heute im zunehmenden Maße nicht mehr nur eine Freihandelszone oder „Wertegemeinschaft“ von Staaten, sondern auch ein eigenständiger imperialer Akteur. Der geplante Aufbau einer europäischen Armee, die von Merkel und Macron im letzten November als visionäres Friedensprojekt gelobt wurde, ist nur ein Anzeichen

dafür. Ebenso wird die sogenannte Östliche Partnerschaft zunehmend zu einem aggressiven geopolitischen Instrument gegenüber Russland. Die Zusammenarbeit mit Faschist*innen, wie in der Ukraine, ist dabei längst kein Tabu mehr und Kriege im postsozialistischen Raum - so geschehen in Georgien oder der Ostukraine - sind stets eine Gelegenheit, die russische Regierung international weiter zu isolieren und damit die Chance auf dauerhaften Frieden in Europa zu reduzieren.

Für mehr Solidarität

Die EU ist ein Projekt der wirtschaftlich Mächtigen. Ihre Politik ist maßgeblich geprägt durch Sozialabbau, Privatisierung und Aufrüstung. Und doch steckt in der Idee, die solidarische Zusammenarbeit in Europa zu stärken, eine ganze Menge an progressivem Potenzial. Die Frage, die sich also nahezu aufdrängt, ist, inwieweit wir alle dafür sorgen können, dass die EU zu einem friedlichen und sozialen Projekt wird, das den einzelnen Menschen tatsächlich hilft: angefangen bei hohen Sozialstandards, einer angemessenen und gleichmäßig progressiven Besteuerung von Unternehmen bis zu einer deeskalativen Politik nach Außen. Viele Linke gehen davon aus, dass diese Möglichkeit innerhalb der bestehenden Strukturen schlichtweg nicht mehr gegeben ist. Ihre neoliberalen Aspekte seien zu tief eingeschrieben

in die DNA der EU. Ein Neustart des europäischen Projekts durch den Bruch mit den bestehenden Verträgen sei der einzige Weg, auf dem die EU auch sozial ausgestaltet werden könnte. Andere wiederum sehen in der noch weitergehenden Vertiefung der europäischen Integration hin zu einer gemeinsamen Republik die Lösung des Problems. So könne die institutionelle Grundlage für ein freies und tatsächlich sozialistisches Europa geschaffen werden. Dass auch die Rechten und Neoliberalen bei der Schaffung eines solchen Staates nicht still zusehen, sondern versuchen werden, ihre Vorstellungen in Verfassung und Struktur einzuschreiben, steht auf einem anderen Blatt. Trotz dieser unterschiedlichen Auffassungen steht jedoch fest: Der einzige Weg, um soziale Perspektiven in der EU hörbar zu machen, geht fürs Erste über die Stärkung der parlamentarischen und außerparlamentarischen Linken: der Unterstützung von sozialen, feministischen und ökologischen Bewegungen! ★

Dorian studiert in Marburg, ist im Bundesvorstand von dielinke.SDS und will nicht begreifen, dass das Massensterben im Mittelmeer den europäischen Frieden schützt.



Illustration: Pia Chwalczyk

„Um uns Gehör zu verschaffen, müssen wir viele sein!“

Ein Interview mit der griechischen Studentin **Marianna Ventouri**. Sie ist in Griechenland in der Syriza Jugend aktiv und Unterstützerin des Aufrufs *Reclaim Youth Rights in Europe*.

Die deutsche Linke kämpft gegen das Leiden der griechischen Bevölkerung als Folge der Austeritätspolitik. Wie schätzt du den Einfluss Deutschlands und seine imperiale Rolle in der EU ein?

Die aktuelle neoliberale Elite in Deutschland besteht auf dem Prinzip der Austerität und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit durch die weitere Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts und fordert die Europäische Kommission auf, die nationalen Haushalte der Mitgliedstaaten der Eurozone zu überwachen. Daher sind die Strukturreformen ihr einziger Ausweg. Mit diesen Reformen und seiner Schockpolitik erlegt Deutschland den Mitgliedstaaten rigorose Sparmaßnahmen auf und übt seine Hegemonie durch die Kontrolle der Haushaltsdefizite und der Staatsschulden aus. Auch wenn es seine Haltung im Bereich des Anleihenmarkts durch die EZB leicht verändert zu haben scheint, müssen sich die Staaten in die strenge Sparpolitik einbinden lassen, um zu profitieren.

Was sind die aktuellen Kämpfe der griechischen Linken? Wie schätzt du zum Beispiel das Ende des dritten Finanzpakets der Troika ein?

Griechenland ist es gelungen, aus dem Teufelskreis der fiskalischen Anpassungsprogramme herauszukommen und seine Souveränität zurückzugewinnen. Wir haben viel erreicht, aber wir haben noch viel mehr zu tun, für eine Politik die auf Demokratie, Entwicklung, Sozialstaatlichkeit und auf einer Ablehnung von Austerität fußt. Wir haben es geschafft, Armut und Arbeitslosigkeit deutlich zu verringern, die soziale Sicherheit zu festigen, die Rechte der gesellschaft-

lichen Mehrheit zu verteidigen und den Jugendlichen jene Chancen zu geben, die sie verdienen. Die Linke muss sich beweisen und überzeugen, dass sie die Zukunft gestalten und ein anderes Modell einer links-progressiven Regierung mit klaren sozialen Werten bilden kann. Nach Spaltung und Kompromissen muss sich die griechische Linke zu dem Idealbild einer links-progressiven Allianz gegen Konservatismus und Rechte zusammenfinden.

Wie können wir als Internationalist*innen zusammen kämpfen? Wie können wir eure Kämpfe in Griechenland unterstützen? Welche Chancen siehst du für eine europaweite Anti-Austeritäts-Bewegung, wie sie in der Erklärung Reclaim Youth Rights in Europe vorgeschlagen wird?

Die Europawahlen im Mai sind eine der wichtigsten Schlachten, die wir gegen Spitzzwang und Neoliberalismus führen müssen - und wir müssen gewinnen. Daher ist es unsere Pflicht als Jugendliche voranzugehen. Unser Ziel ist es, unsere Überzeugungen in die ganze Welt zu tragen - Überzeugungen, die jeden einbeziehen, der seine Grundrechte achtet. Dabei wird niemand, der die gleiche Vision mit uns teilt, ausgeschlossen. Wir sind für einen offenen Dialog, um Ideen und Bedenken, viele Ansichten und Vorschläge zu sammeln. Um uns Gehör zu verschaffen, müssen wir viele sein. Deshalb müssen alle linken fortschrittlichen Kräfte an diesem Kampf teilnehmen und ihre Stimme erheben, um ihre Visionen und Überzeugungen zu verteidigen. ★

Proteste in Frankreich

Macron ist seit seiner Wahl ein Feindbild für viele Menschen in Frankreich. Die Gelbwesten sind eine Chance für ein soziales Europa.
Von Sebastian Chwala.



Seit Oktober 2018 demonstrieren in Frankreich jeden Samstag tausende Menschen.

Auf Frankreichs Straßen ist der Azeit einiges los. Kaum ein Monat ist seit dem Wahlsieg Macrons im Jahre 2017 vergangen, an dem nicht Studierende, Arbeiter*innen oder Schüler*innen dem Präsidenten die rote Karte für seine Politik zeigen wollten. Von den Protestbewegungen im Herbst 2017 gegen eine Arbeitsmarktreform, die Kündigungen erleichtern und die Verhandlungsmacht von Gewerkschaften einschränken sollte, bis zur aktuellen Bewegung der *Gelbwesten* waren hunderttausende Menschen auf der Straße. Besonders die Massenproteste des Frühjahrs 2018 führten soziale Gruppen zusammen, die sonst häufig getrennt kämpfen. So lehnten sich Studierende gegen die Einführung von Selektionsmechanismen beim Hochschulzugang auf, während sich Beschäftigte des öffentlichen Dienstes gegen den Abbau von zehntausenden Stellen und Eisenbahner*innen gegen die Privatisierung der Staatsbahn SNCF wehrten. Wochenlange Streiks bei der SNCF und Besetzungen von Universitäten prägten die öffentliche Debatte.

Recht auf Bildung

Gerade die Reform des Hochschulzugangs sollte sich als verheerend herausstellen: mehr als 150.000 Abiturient*innen zogen sich vorzeitig aus dem neuen Onlinebewerbungsverfahren für das Herbstsemester 2018 zurück, weil sie zu lange keine

Zusagen erhielten. Weitere 72.000 Bewerber*innen erhielten nicht die gewünschten Studienplätze und mussten sich gegen ihren Willen umorientieren. Besonders hart betroffen von den Auslesemechanismen waren Schüler*innen aus sozial benachteiligten Stadtvierteln und von beruflichen Oberschulen. Hier ließ sich die höchste Anzahl von Bewerbungsablehnungen durch die Universitäten feststellen. Abgänger*innen beruflicher Oberschulen sollen nämlich schnell als günstige Arbeitskräfte den Unternehmen zur Verfügung stehen und nicht etwa ein Studium an Fachhochschulen oder Universitäten anstreben. Als besonders rassistisch ist ein neues Gesetz zu beurteilen, welches Menschen, die nicht aus der EU stammen, dazu zwingt, mehrere tausend Euro zu zahlen, wenn sie an französischen Universitäten studieren oder promovieren wollen. Auch die beschlossene Privatisierung der SNCF nach dem Vorbild der Deutschen Bahn zeigt negative Auswirkungen. So werden erste Strecken stillgelegt und der Service in großem Stil zurückgefahren. Auch über Personalabbau wird schon gesprochen. Entlastet werden nur Unternehmer*innen und eine kleine reiche Elite im Land. Die Vermögenssteuer wurde faktisch abgeschafft und die Steuerentlastungen für Unternehmen verstetigt. Doch während so die Profite der großen französischen

Konzerne weiter in die Höhe schnellen, bleibt die Zahl der Erwerbslosen gleich.

Aufstand der Gelbwesten

Die weitere einseitige Belastung der breiten Masse, die noch eine als Ökosteuer getarnte Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Benzin und Diesel über sich ergehen lassen sollte, führte zum Entstehen der Bewegung der *Gelbwesten*. Hier artikulieren sich neben Geringverdiener*innen – häufig sind dies Frauen* – insbesondere Angehörige der unteren Mittelklasse, die durchschnittlich verdienen, an den Stadträndern wohnen und daher auf dem Weg zur Arbeit auf das Auto angewiesen sind. Sie fordern eine gerechte Beteiligung aller gesellschaftlichen Schichten an der Finanzierung des Gemeinwesens. Zum ersten Mal seit langem kritisiert dieses Milieu den Klassencharakter der französischen Gesellschaft. Gerechtigkeit und Chancengleichheit sollen in Frankreich wiederhergestellt werden statt migrantische Menschen als Sündenböcke für die schwierige und instabile wirtschaftliche Lage vieler Menschen heranzuziehen. Dass nach den erfolglosen Protesten von eher linken Gruppen nun jene französischen Bürger*innen protestieren, verschreckt die Staatsspitze. Galten diese Menschen doch als solide Basis der politischen Rechten, die

mit ihrem Wahlverhalten in der Vergangenheit dafür gesorgt hatten, dass die Polizei massiv aufgerüstet wurde, aus Angst vor den sozial abgehängten vor allem migrantischen Gruppen in den Vorstädten. Deren Protesten, so ließ man sich erfolgreich einreden, könnte man nur mit Polizeirepression Herr werden.

Protest und Repression

Doch nun werden die empörten Hausbesitzer*innen der Stadtränder Opfer ihrer eigenen Wahlentscheidungen. Nachdem die Polizei immer weiter von gesetzlicher Kontrolle befreit wurde, wundert es nicht, mit welcher Härte sie ungestraft gegen die *Gelbwesten* vorgeht. Mehr als 20 Menschen verloren inzwischen durch Gummigeschosse ihre Augen, zahlreiche weitere Opfer verloren Gliedmaßen. Die Justiz hat inzwischen völlig ihre Unabhängigkeit verloren. So halten sich Staatsanwälte und Richter an die Vorgaben der Politik für Aktivist*innen möglichst harte Strafen zu fordern und entsprechende Urteile zu fällen. Zweitausend Menschen wurden zu Haftstrafen verurteilt. Ihr einziges „Verbrechen“ besteht darin, demonstriert oder Kreisverkehre besetzt zu haben. Zusätzlich wurde ein Gesetz verabschiedet, welches Spontandemonstrationen unter Strafe stellt und es den Verwaltungsbehörden erlaubt, Einzelnen das Demonstrationsrecht abzuerkennen. Einmal mehr zeigt sich, dass der neoliberale

Sozialabbau mit äußerster Härte durchgesetzt wird. Von ihm profitiert dabei aber nur eine kleine Minderheit. Dennoch sind die Protestbewegungen in Frankreich eine Hoffnung auf eine soziale Wende in Europa. Sie könnten eine progressive und demokratische neue Epoche auf dem Kontinent einleiten. ★

Sebastian ist Politikwissenschaftler, promoviert in Marburg und wirft dafür seit einigen Jahren einen genauen Blick auf die französischen Verhältnisse.



Frankreich ist kein Start-Up!

Im Folgenden dokumentieren wir ausschnittsweise die Rede, welche Jean-Luc Mélenchon als Abgeordneter von La France Insoumise am 5. Dezember 2018 zu den „Gelbwesten“ in der französischen Nationalversammlung gehalten hat. Die „Gelbwesten“ protestieren nunmehr seit dem Herbst letzten Jahres gegen die unsoziale Politik der Regierung Macrons. Politisch sind sie basisdemokratisch organisiert und haben keinen direkten Bezug zu den französischen Parteien. Mélenchon hebt öffentlich immer wieder hervor, dass ihre politischen Forderungskataloge dennoch im Wesentlichen dem Wahlprogramm von La France Insoumise entsprechen.

La France Insoumise hat sich als Bewegung verschiedener linker Kräfte zwischen Sozialdemokratie und Kommunistischer Partei im Vorlauf der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2017 zusammengefunden. Im Wahlkampf führten sie eine Kampagne für eine „VI. Republik“ durch, welche eine Neugründung Frankreichs als demokratischen und sozialen Staat in den Vordergrund stellte. Bei den Präsidentschaftswahlen erreichte Mélenchon als Spitzenkandidat für das Präsidentenamt 19,5 %.

„Glücklich die Tage, die wir erleben, denn endlich ist Frankreich in einem Zustand der allgemeinen Unbotmäßigkeit gegen eine ungerechte Ordnung eingetreten, der bereits zu lange dauerte. Das sind Millionen Leute, deren Leben unsichtbar geworden ist, im französischen Festland und in den Überseegebieten.

Das sind Millionen Leute, das Volk, das die große Bühne der Geschichte Frankreichs betritt. Und, Hinweis zur Geschichte: Diese gelbe Weste für Verkehrssicherheit und als Baustellenbekleidung ist auf eine gewisse Weise die neue phrygische Mütze der Franzosen geworden, die sich von der Resignation, der Isolation und von diesem bedrückenden Schweigen über die Leiden, die man der Würde wegen verschweigt, befreien. Und um nicht nachzugeben. Das sind endlich die laut heraus geschrien Geschichten von armen und in eine Hölle verwandelten Leben, durch ein System, welches nur die Habgier, den prahlerischen Konsum, den sozialen Egoismus und den Reichtum einiger zum Schaden aller ermutigt. Nein, Frankreich ist kein von einem kleinen Genie geführtes Start-Up! Wir sind eine große, gebildete und politisierte Nation von fünfundsechzig Millionen, die genug davon haben, für dumm verkauft zu werden! Wie haben Sie glauben können, wir sähen nicht, dass die hundert reichsten Personen dieses Landes jede eine Million bekommen, während Sie diese an der Zapfsäule aus der Tasche derjenigen zurückholen, die ab dem 15. des Monats nicht mehr wissen, wovon sie den Rest des Monats leben sollen?“

Quelle: <https://theleftberlin.wordpress.com/current-debates/gelbe-westen-rede-von-jean-luc-melenchon-in-der-assembly-nationale/>

ANZEIGE

NEU!

Hartfrid Krause
Rosa Luxemburg, Paul Levi und die USPD
2019 – 198 S. – 25,00 €
ISBN 978-3-89691-274-9

3. Auflage

Christin Jänicke / Benjamin Paul-Siewert (Hrsg.)
30 Jahre Antifa in Ostdeutschland
Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung
2019 – 213 S. – 20,00 €
ISBN 978-3-89691-102-5

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

2. Auflage

Brigitte Aulenbacher / Birgit Riegraf / Susanne Völker
Feministische Kapitalismuskritik
mit einem Interview mit Ariel Salleh (Einstiege Band 23)
2018 – 179 S. – 15,90 €
ISBN 978-3-89691-679-2

www.dampfboot-verlag.de

Eine neue feministische Internationale

Neue Impulse der globalen feministischen Bewegung geben Hoffnung. Auch auf ein Jenseits des Kapitalismus. Ein Kommentar von **Rhonda Koch**.



Wenn wir streiken, steht die Welt still!

Über 50.000 Frauen* und Queers bestreikten am 08. März Patriarchat und Kapitalismus. Der feministische Streik wird auch in Deutschland sein Potential entfalten, meint **Lea Flock**.

Die feministische Bewegung wächst - und sie ist international.

Etwas Neues ist entstanden. Eine globale Bewegung der Frauen*, die nicht nur den liberalen Feminismus in seine Grenzen weist, sondern auch dem Kapitalismus den Kampf ansagt. Zusammen klagen sie die Vielfältigkeit der Frauen* unterdrückung an: In Polen, Irland oder Argentinien wird gegen die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen demonstriert. Chilenische Frauen* besetzen Regierungsgebäude und streiken gegen sexualisierte Gewalt. Die deutschen Pfleger*innen wehren sich gegen Personalnot im Krankenhaus. In den USA ziehen die Lehrer*innen in den Arbeitskampf. Und allein in Spanien folgten sechs Millionen Teilnehmer*innen dem Aufruf zum Internationalen Frauen*streik am 8. März.

Das Dilemma im Kapitalismus

Dieser feministische Widerstand und Aufbruch floriert in einer gesellschaftlichen Situation, in der die neoliberale Herrschaft nicht nur an ihrer DAX-Pseudogleichberechtigung bröckelt, sondern durch Sozialstaatsrückzug und Privati-

sierung zu einer weltweiten Krise der sozialen Reproduktion geführt hat. Die kapitalistische Gesellschaft steckt im Dilemma, zum einen muss sie der Konkurrenz wegen maximale Profite generieren und zum anderen möchte sie möglichst langfristig bestehen. Sie kann also nicht einfach – selbst wenn sie moralisch keine Einwände hätte – Arbeitskräfte hemmungslos ausnutzen, die dann einen maximalen Mehrwert erarbeiten. Sie muss gleichzeitig zumindest auf einem erträglichen Niveau für die Aufrechterhaltung und das Nachkommen von Arbeitskräften sorgen. Insofern versucht der Kapitalismus seit jeher genau jenen Bereich, der sich um die Erziehung, Pflege und Aufrechterhaltung von Menschen kümmert, die soziale Reproduktion, so gering wie kostengünstig zu organisieren. Das führt verstärkt durch die Neoliberalisierung zu einer katastrophalen Lage genau dieser Bereiche. Oder neoliberal formuliert: Weil im Produktionsbereich Profite ausbleiben, versucht man am Alltag der Menschen zu kürzen. Das Resultat ist ein Kahlschlag gesellschaftlicher Reproduktion, die Kosten von Einsparungen, Kürzungen und Privati-

tisierung tragen weltweit maßgeblich die Frauen*. Nun wehren wir uns.

Feminismus der 99%

Das Beeindruckende und Hoffnungsvolle dieser neuen feministischen Bewegung ist nicht nur ihre Größe, ihre Internationalität und ihre vielfältige Kritik, sondern auch der Hintergrund der Bewegten: Die widerständigen Frauen* kommen überwiegend aus der Arbeiter*innenklasse und nicht aus dem kapitalistischen Westen. Im Unterschied zur zweiten Frauen*bewegung tragen sie ihre Kämpfe in den Westen und nicht andersherum. Hier adressieren sie nicht die Regierungen und Vorstände, sondern fordern einen Feminismus der 99%. So widersetzen sie sich dem neoliberalen Feminismus mit seinem Einsatz für Gleichstellung ausschließlich unter dem oberen 1%. Stattdessen fordern sie radikale soziale Gleichberechtigung und Solidarität von unten gegen männliche Dominanz und sexualisierte Gewalt. Ihr Ziel ist die Abschaffung von Profitlogik und Unterdrückung, also das Ende des patriarchal geprägten Kapitalismus.

Eine neues feministisches Bewusstsein

Zunehmend formieren sich die gegenwärtigen feministischen Mobilisierungen als eine Bewegung von unten, die die Welt erobern will. In den Worten der Philosophin Cinzia Arruzza haben wir es mit „einer neuen, anti-kapitalistischen feministischen Subjektivität“ zu tun. Und diese neue Identität der Aktivist*innen deutet darauf hin, dass es dieses Mal die Frauen* sein werden, die die Internationale zurück auf die Tagesordnung linker Politik bringen werden - sodass schließlich unser Kampf international, feministisch und antirassistisch zugleich sein wird. ★

Rhonda ist derzeit Geschäftsführerin von dielinke.SDS. Sie übersetzt gerade „Marxism and women's oppression“ von Lise Vogel.



Dieses Jahr war der 8. März nicht nur ein feministischer Kampftag, sondern nach 15 Jahren erstmals wieder ein feministischer Streik. Inspiriert von Streikbewegungen in Europa und Lateinamerika, rief ein bundesweites Bündnis auf, Lohnarbeit, bezahlte und unbezahlte Sorge- und Hausarbeit sowie emotionale Arbeit niederzulegen. Schüler*innen und Studierende sollten ihren Unterricht oder Lehrveranstaltungen bestreiken. In über 30 Städten haben sich Frauen* und Queers zu lokalen Streikbündnissen zusammengefunden: Sie vernetzten sich und schufen einen Raum für Austausch und Diskussion, um Veranstaltungen zu planen und Mobilisierungsaktionen durchzuführen. Bei zwei bundesweiten Vernetzungstreffen, zu denen hunderte Frauen* und Queers zusammenkamen, wurde ein Aufruf mit gemeinsamen Forderungen formuliert.

Gleichheit – nicht nur bei der Lohnarbeit

Und die sind alles andere als neu – Frauen* und Queers kämpfen schon seit Jahren für sie. Doch mit dem Streikaufruf liegt diesmal der Fokus auf dem Kampf gegen die Ungleich-

heiten bei der Arbeit. Außerdem muss Arbeit unabhängig von Entlohnung gedacht werden: Hausarbeit, Kinder erziehen, Verwandte pflegen, Freund*innen trösten – auch all das ist gesellschaftlich notwendige Arbeit, die gerechter Verteilung und Wertschätzung bedarf. Wir stehen dazu: Der feministische Streik ist politisch. Wir wollen die Kämpfe aller Frauen* und weiblich sozialisierten Menschen verbinden und jene gezielt politisieren, die keinen Zugang zu politischer Bildung haben. Unsere Stärken sind unsere Vielfalt und vor allem unsere Solidarität: Ganz egal, welchen Alters, welcher sozialen Schicht und welcher Herkunft. Wir lassen uns nicht spalten: weder in „deutsch“ und „migrantisch“ noch in Cis-Frauen und Queers. So vielseitig Feminismus heutzutage ist, desto wichtiger wird es, sich deutlich mit Ausbeutung, Unterdrückung und ihren Wurzeln im Kapitalismus anzulegen. Denn egal ob Lohnarbeit, Sorgearbeit, Hausarbeit oder emotionale Arbeit: Alle Frauen* sind arbeitende Frauen* - und sie arbeiten mehr als Männer, durchschnittlich eine halbe Stunde pro Tag. Dabei werden sie schlechter oder gar nicht bezahlt. Oft bleibt diese Arbeit unsichtbar oder wird nicht als solche

angesehen. Diese Ungleichheit muss endlich aufgehoben! Reproduktionsarbeit muss besser verteilt, der Lohn angepasst und die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Soziale und reproduktive Arbeit muss wesentlich mehr Anerkennung erfahren. Und es geht um noch mehr: Um körperliche und sexuelle Selbstbestimmung und das Ende jeder Gewalt an Frauen*, Trans- und Interpersonen. Jeden dritten Tag wird eine Frau* von ihrem (Ex-)Partner getötet. Täglich erfahren Menschen, die sich ihre Geschlechteridentität nicht vorschreiben lassen oder Rollenbilder nicht bedienen wollen, strukturelle, verbale und körperliche Gewalt.

Das Schweigen brechen

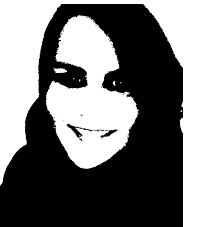
Aber leider werden in Deutschland Debatten immer noch kleinteilig geführt. Frauen* werden bevormundet – wie das Festhalten an den Paragraphen 218 und 219a, die noch aus der NS-Zeit stammen, zeigt. Anstatt die Hälfte der Gesellschaft endlich gleichzustellen und strukturelle Diskriminierung anzugehen, wird über gendergerechte Sprache genörgelt und Fragen wie „Was darf ein Mann überhaupt noch sagen?“ gestellt. Viele empfinden, wir seien an einem Punkt angelangt, an dem über das Verhandeln hinausgegangen werden muss. Der feministische Streik soll sichtbar machen, wie viel Arbeit von Frauen* und Queers geleistet wird und was passiert, wenn wir diese niederlegen. Doch anders als in Spanien ist politischer Streik in Deutschland verboten. Gewerkschaften dürfen nicht zu einem solchen aufrufen und Frauen*, die ihre Lohnarbeit bestreiken, müssen mit Maßnahmen ihrer Arbeitgeber*innen rechnen. Zwar sympathisieren einzelne Gewerkschafter*innen mit uns, aber offiziell beharren sie weiterhin darauf, dass ihnen die Hände gebunden seien. Wir wollen unsere Kolleg*innen in den Gewerkschaften dazu ermutigen, mit uns zusammen diesen Schritt zu gehen. Das Verbot des politischen Streiks ist die größte Hürde - und unsere Lösungen werden so kreativ sein wie die Köpfe in den Bündnissen.

Langfristige Strukturen

Ob es nun an dem Verbot eines politischen Streiks liegt oder an der Mentalität in Deutschland, nach unserem ersten feministischen Streik lässt sich festhalten, dass da noch mehr gehen kann und muss. Verwunderlich ist das nicht, denn Strukturen müssen erst aufgebaut werden. Die Frauen* in Lateinamerika hatten über 30 Jahre Vorlaufzeit, in der sie Netzwerke schufen, die es heute ermöglichen, in kürzester Zeit Millionen von Menschen auf die Straße zu bewegen. Wir müssen den 8. März

jetzt auswerten, nachdenken und weiterentwickeln: Welche Frauen* sind nicht erreicht worden und wie können wir sie besser erreichen? Welche Strukturen müssen aufgebaut werden, um vor allem Frauen*, die unter besonderer Belastung (z.B. erwerbslose oder alleinerziehende Frauen*) stehen, zu entlasten, damit sie sich mehr einbringen können? Doch der Grundstein ist gelegt: Dieses Jahr waren mehr Menschen auf der Straße als zuvor, Organisationsprozesse sind angelaufen und werden weiterverfolgt. In kürzester Zeit wurde Großartiges auf die Beine gestellt, Freundschaften geschlossen und bei vielen der Kampfgeist erweckt. Motivation ist also genug da – sodass Frauen* und Queers nach dem Ruck dieses Jahres am 8. März 2020 tatsächlich die Welt stilllegen können und daraus der dringend notwendige und radikale Wandel folgt. ★

Lea ist im Feministischen Streikbündnis Leipzig aktiv, studiert „irgendwas mit Informatik“ und isst leidenschaftlich gern Brokkoli.



ANZEIGE

Neuerscheinungen

Jule Bönkost (Hg.)
Unteilbar
Bündnisse gegen Rassismus
208 Seiten | 14 €

Über die Bandbreite möglicher Widerstandsformen durch antirassistische Bündnisse

Antje Dieterich
Solidarity Cities
Lokale Strategien gegen Rassismus und Neoliberalismus
unrast transparent | Bewegungslehre
80 Seiten | 7,80 €

Solidarische Städte als Strategie gegen Rassismus und rechte Mobilisierung – Potenziale und Grenzen

UNRAST Verlag
www.unrast-verlag.de

Faschismus für den „kleinen Mann“?

Die AfD versucht zunehmend die soziale Frage von rechts zu beantworten. Noch ein Grund mehr aktiv gegen die AfD zu werden, meinen **Marlen Borchardt** und **Jary Koch**.



Die AfD ist in allen Landesparlamenten vertreten und in diesem Jahr droht der nächste Schritt: In Sachsen könnte sie stärkste Kraft und Teil der Landesregierung werden und das mit einem zunehmend national-sozialen Kurs.

Die AfD hat sich seit ihrer Gründung 2013 stark gewandelt. Von einer Partei mit konservativ-neoliberalem und vorrangig eurokritischem Programm entwickelte sie sich immer weiter nach rechts. Als ihr Gründer Bernd Lucke die Partei 2015 verließ, begründete er dies damit, dass sich „islamfeindliche und ausländerfeindliche Ansichten“ immer weiter ausgebreitet hätten und Hans-Olaf Henkel sprach bei seinem Austritt von einer „NPD-light“. Damals war noch Frauke Petry Vorsitzende der AfD. Zwei Jahre später folgte auch sie ihren ehemaligen „Parteifreunden“ - hinauskomplimentiert vom sogenannten „Flügel“, einem innerparteilichen Zusammenschluss der rechtsten Rechten unter Führung Björn Höckes. Seit 2015 hat der „Flügel“ innerparteilich enorm an Macht gewonnen und kaum eine Auseinandersetzung in der Partei verloren. In Sachsen, wo die AfD auf dem Weg ist stärkste Partei zu werden, hat der „Flügel“ alle Zügel in der Hand.

Es sind die Vertreter*innen dieses rechtsradikalen „Flügels“, die zuneh-

mend Ideen eines völkischen Antikapitalismus zu verbreiten versuchen und sich immer offener in die Tradition des historischen Faschismus stellen. Im Gegensatz zur Forderung eines radikalen Sozialstaatsabbaus der frühen AfD hört man immer mehr AfD-Funktionäre von sozialer Gerechtigkeit und Umverteilung sprechen. Insbesondere Alexander Gauland und Björn Höcke sprechen sich für eine Parteipolitik im Namen des „kleinen Mannes“ aus. Folgen waren klare Umschwünge in den sozialpolitischen Positionen der AfD: Forderungen nach einem Bürgergeld für Arbeitslose, einer Stärkung des sozialen Wohnungsbaus, der Verbesserung des Betreuungsschlüssels der KiTas sowie die Zustimmung zum Mindestlohn (aber nur für Deutsche) sind nur einige Beispiele dafür, wie soziale Themen zunehmend von rechts außen aufgegriffen werden. Von rechts heißt sozial-national: sozial, aber nur für Deutsche.

Der rechte Antikapitalismus konzipiert an dieser Stelle zwei Feindbilder. Die korrupte und globale Elite, die die Schuld an der Ausbeutung der nationalen Volksgemeinschaft trage und andererseits das Bild der raffgierigen Ausländer, die auf Kosten des deutschen Volkes leben wollen. Die soziale Frage wird so in eine nationale Frage verwandelt - soziale

Probleme werden ethnisiert. Dabei ist das Ziel dieses völkischen Pseudo-Antikapitalismus keinesfalls der Kampf gegen Armut oder gar für eine klassenlose Gesellschaft. Im Gegenteil: Der täglich erfahrenen Konkurrenz stellt die AfD den Kampf gegen die vermeintliche Bedrohung von außen entgegen und der Vereinzelung eine Gemeinschaft von Deutschen. Es bleibt zu bezweifeln, dass die AfD den Kurs der „sozialen Gerechtigkeit“ im Falle einer Regierungsbeteiligung weiterführen würde, wie der Vergleich mit der Schwesterpartei der AfD in Österreich, der FPÖ, zeigt: Gab sie sich im Wahlkampf noch als die „soziale Heimatpartei“ aus, setzte sie an der Regierung mit dem 12-Stunden-Tag letztlich das Gegenteil von sozialer Politik um.

Die AfD rückt noch weiter nach rechts

Neoliberale Forderungen bleiben jedoch bisher noch der Grundtenor des AfD-Grundsatzprogramms, auch wenn der faschistische Flügel in den letzten Jahren zunehmend an Boden gewinnen konnte. Dies führt zum charakteristischen nationalkonservativ-faschistischen Dualismus in der Partei, sowie zu permanenten Machtkämpfen. Eine Auflösung die-

ser Konflikte hin zu einem grundsätzlich völkisch-antikapitalistischen Programm würde die Entwicklung der AfD zu einer faschistischen Partei beschleunigen - eine Gefahr, die wir mit allen Mitteln bekämpfen müssen. Geeint werden beide Flügel nach wie vor durch die gemeinsame rassistische und chauvinistische Basis. Dies zeigt die Bildungspolitik der AfD. Sie befürwortet die möglichst frühe erzieherische Trennung von Schüler*innen und spricht sich dafür aus, dass es weniger junge Menschen an die Hochschulen schaffen. Stattdessen möchte sie den Fokus auf die Zuführung zu Berufsausbildungen legen. Der Rassismus darf natürlich nicht fehlen: Die AfD sieht sich in der Pflicht angebliche „Sonderrechte für muslimische Schüler“ anzuprangern. So wird klar: Die Wunschträume der AfD sind ein Angriff auf uns alle. Wir müssen sie mit aller Kraft abwehren, bevor es zu spät ist. ★



Marlen und Jary studieren Geschichte und hoffen trotzdem auf die Zukunft.

Das andere Sachsen

2019 droht in Sachsen die erste schwarz-blaue Landesregierung. Antifaschistischer Widerstand existiert, braucht aber langen Atem und lokale Organisation im *Treibhaus* im sächsischen Döbeln. Ein Kommentar von **Danilo Streller**.



Wir brauchen mehr linke Solidarität, statt rechter Hetze.

Für manche ist Sachsen Mordor am Fuße des Schicksalsberges. Kämpfe um Sozialreformen und Anerkennung fänden nicht statt, die Bevölkerung wäre politikverdrossen und hätte eine endlose Sehnsucht nach charismatischen Führer*innen. Von ehemals großen Nazidemos wie dem 13. Februar in Dresden über PEGIDA bis hin zur Menschenjagd in Chemnitz zieht sich eine Linie rechter Mobilisierung. Immer wieder kam es zu rechter Gewalt, Rassismus und Diskriminierung. Hier organisierten sich seit den 90ern militante Neonazis.

Nährboden des Hasses

Die Abwicklung der DDR-Wirtschaft führte zu Deindustrialisierung und Arbeitslosigkeit. Nach wie vor werden Ostdeutsche bei Löhnen wie Renten ungleich behandelt. Zudem verwischte die sächsische CDU mit Extremismusklauseln und abstrusen Gleichsetzungen den Unterschied zwischen Rechts und Links. Das CDU-Musterland hat eine restriktive

Innen- und Asylpolitik. Neben Bayern zeigte sich vor allem in Sachsen der Willen der Union, (gefilterte) AfD-Forderungen in Regierungspolitik umzusetzen. Damit graben sie aber nicht der AfD das Wasser ab, sondern liefern ihr und den Pegidist*innen Erfolgserlebnisse. Die rassistische Stimmung schlug sich auch in Wahlen nieder. So holte die AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Sachsen 27 % und wurde stärkste Partei. Das ist verglichen mit dem AfD-Bundesergebnis von 12,6 % mehr als das Doppelte. Für die Landtagswahl 2019 werden Rekordergebnisse der AfD erwartet – und die Angst vor einer ersten schwarz-blauen Landesregierung wächst.

Antifaschismus im ländlichen Raum

Aber diese Rechtsentwicklung bleibt in Sachsen nicht unwidersprochen. Schon in den 90ern fanden sich mutige Menschen, die Nein sagten und

Widerstand organisierten. Gegen gewaltbereite Neonazis brauchte es antifaschistischen Selbstschutz. Dabei spielten Alternative Jugendzentren (AJZs) eine zentrale Rolle: als Rückzugsort und Ausgangspunkt für den Kampf um gesellschaftliche Alternativen, welche auf Gleichheit, Solidarität und Emanzipation beruhen. Das *Treibhaus* in Döbeln geht auf diese Tradition zurück. Das CDU-regierte Döbeln in Mittelsachsen beheimatet knapp 24.000 Menschen. Der Verein *Treibhaus e.V.* wurde 1997 von antifaschistischen Jugendlichen gegründet. In 22 Jahren wuchs er auf 130 Mitglieder.

2001 mietete *Treibhaus* einen Raum für ein selbstorganisiertes Café. 2008 sollte das Haus verkauft werden. Doch die Vereinsmitglieder fassten Mut zu einem Spendenaufruf, diskutierten mit Freund*innen und Bekannten und sammelten schließlich die notwendige Summe, um das Haus selber zu kaufen. Außer dem *Café Courage* sind dort ein Seminarraum und Büros entstanden. Elf Mitarbeiter*innen

Illustration: Pia Chwalczyk

koordinieren das breit gefächerte Engagement des Vereins. Beispiele sind regelmäßige Antidiskriminierungsschulungen oder die AG Geschichte, welche die Döbelner NS-Vergangenheit aufarbeitet.

Der Antifaschismus im *Treibhaus* setzt auf breite Bündnisse und offene Projektarbeit gegen das Wegschauen und die Normalisierung rechten Gedankenguts. Dafür wurde das *Treibhaus* mehrfach zur Zielscheibe rechter Gewalt. 2005 verübte die Neonazi-Gruppe *Sturm 34* einen Angriff auf das Haus. 2010 wurden drei Autos von Mitarbeiter*innen angezündet und es gab einen Brandanschlag.

Bürgerliche Schikanen

Außerdem trifft die Aktivist*innen das Misstrauen der Kommunalpolitik. Der Einsatz gegen rechtes Gedankengut und das Engagement gegen Neonazidemonstrationen genügen in Sachsen, um als potenziell linksextrem zu gelten.

Auch die Döbelner Stadtgesellschaft ist polarisiert. Bei Teilen wird der Verein mit Drogenkonsum und Gammelhaltung in Verbindung gebracht. Doch wenn man vorbeigeht, entlarvt sich das schnell als Vorurteil. Leider ziehen immer wieder Jugendliche weg, die im *Treibhaus* politisch aktiv wurden.

Die kritische Haltung der Stadt erschwert maßgeblich die politische Arbeit. Neben seinen Mitgliedsbeiträgen bekommt das *Treibhaus* Kulturfördermittel, welche jedoch eine Eigenbeteiligung der Kommune von 5 % als Bedingung stellen. Selbst um diese geringen Beträge muss immer wieder neu gekämpft werden. Von einer schwarz-blauen Landesregierung wäre das *Treibhaus* existenziell bedroht.

Raus aus den Komfortzonen

Antifaschist*innen brauchen die Verankerung vor Ort – gerade im ländlichen Raum. Am *Treibhaus* und seinen Kämpfen lässt sich die politische Zerrissenheit in Sachsen deutlich erkennen. Sicher, der aktuellen Rechtsentwicklung muss ins Auge geschaut werden. Gerade deswegen sollten wir dem antifaschistischen Engagement außerhalb linker Komfortzonen mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung zukommen lassen. Denn die Rechten können nur mit langem Atem und gelebter Solidarität aufgehalten werden. ★



Danilo wuchs in einer sächsischen Kleinstadt im Osterzgebirge auf. Er flüchtete zwar nach Leipzig – kämpft dort aber weiter!

Abrüsten für den Frieden – auch an der Hochschule

In Zeiten von Aufrüstung, Kriegs rhetorik und vermehrten Auslandseinsätzen ist die Forderung nach Frieden wichtiger denn je. Auch als Studierende müssen wir uns für ein Ende von Militarismus einsetzen, meint **Chris Ott**.



Der Einsatz für den Frieden bedeutet auch die Abrüstung der Uni.

Mehr als 3.000 deutsche Soldat*innen sind derzeit in Auslandseinsätzen aktiv – stationiert in Mali, in der Westsahara, im Südsudan, in Syrien, im Irak und weiteren Orten. Als Gründe werden Terrorabwehr und der Kampf für den Frieden in aller Welt vorgegeben. Diese Erklärungen erscheinen jedoch mehr als ironisch: Allein der Afghanistan-Krieg kostete bis 2014 rund 200.000 Menschenleben auf allen Seiten. Spätestens seit Erstarken des IS-Terrors wird die Kriegs rhetorik ungehemmt und die Selbstdarstellung der Bundeswehr offensichtlich aggressiver. Rüstungsausgaben werden erhöht, Werbung auf allen möglichen Plattformen geschaltet und jeder Versuch unternommen, Menschen das Militär schmackhaft zu machen. Das geschieht nicht nur auf Berufsmessen. Selbst Schüler*innen soll die Bundeswehr als angeblich normaler und sicherer Arbeitgeber verkauft werden.

Hochschulen unter Aufrüstungsdruck

Unterfinanzierte Studiengänge, Abhängigkeit von privaten Drittmitteln und Co. lassen ohnehin die Frage offen, in wessen Interesse hierzulande eigentlich geforscht wird. Wenn Gelder für die Forschung aus Projektmitteln Dritter kommen, liegt die Vermutung nahe, dass die Forschungsergebnisse auch genau diesen Geldgeber*innen nützen sollen. Diese agieren im Regelfall jedoch nicht im Interesse des Allgemeinwohls, sondern zur Steigerung ihrer Profite. Und genau zu diesem Zweck sollen Forschungsergebnisse dann auch geliefert werden. Auch Rüstungskonzerne und das Verteidigungsministerium beauftragen Universitäten, in deren Interesse Forschung zu betreiben. Wegen fehlender Transparenz ist dabei nicht einmal immer klar, an welchen Universitäten in wessen Interesse an

welchen Projekten geforscht wird. Beispiele sind trotz alledem bekannt. So flossen beispielsweise allein an die Universität Göttingen zwischen 2002 und 2012 rund 1,6 Millionen Euro aus dem Verteidigungsministerium. 2018 haben 24 Hochschulen Geld vom Ministerium erhalten. Obwohl die Informationen über Wissenschaft im militärischen Interesse nur mit sehr großen Problemen zu erhalten sind, wird eines deutlich: Hochschulen, die für das Verteidigungsministerium und für Waffenkonzerne forschen, sind mitschuldig an Krieg und Gewalt und deren Resultaten, nämlich Armut, Hunger, Verfolgung, Zerstörung, Mord und Flucht.

Forschung für alle

Dabei müsste Wissenschaft doch genau das Gegenteil bewirken. Sie sollte der Gesamtgesellschaft dienen, sich daran beteiligen, dass Krieg, Armut

und Hunger nicht länger vorherrschen. Sie muss vorwärtsgewandt sein, über Grenzen hinweg stattfinden und die Interessen der gesamten Gesellschaft im Blick haben.

Neue Weichen stellen

Wie aber kann gewährleistet werden, dass Wissenschaft diese Ziele verfolgt? Zuerst einmal ist die Ausfinanzierung der Hochschulen notwendig. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Forschung nicht im Sinne privater oder militärischer Geldgeber*innen, sondern im Allgemeinwohl stattfindet. Darüber hinaus ist eine Transparenzklausel vonnöten. Mit einer solchen Klausel verpflichtet sich die Hochschule dazu, alle Kooperationen mit Auftraggeber*innen, alle Forschungszwecke und die damit verbundenen Geldflüsse offen zu legen.

Dies jedoch reicht nicht aus, um zu garantieren, dass ausschließlich zivil geforscht wird. Hierzu bedarf es einer Zivilklausel. Mit dieser verpflichtet sich die Hochschule, keine Drittmittel von Bundeswehr, Verteidigungsministerium oder Rüstungsindustrie anzunehmen. Nach langen Kämpfen der Friedensbewegung und von Zivilklausel-Bündnissen haben sich derzeit mehr als 60 deutsche Hochschulen dazu verpflichtet, nicht in militärischem Interesse zu forschen. Als erste deutsche Hochschule führte die Universität Bremen 1986 eine solche Klausel ein, andere Beispiele sind die TU Berlin, die Uni Münster, die TU Chemnitz und die Sporthochschule Köln.

Um flächendeckend zu garantieren, dass Hochschulen, also öffentliche Einrichtungen, mit dem Ziel der kritischen, zivilen und vorwärtsgewandten Wissenschaft, nicht dem Krieg dienen, ist eine Durchsetzung von Zivil- und Transparenzklauseln überall notwendig. Es reicht nicht, wenn Hochschulen – wohlbermerkt erst nach langen Kämpfen durch Friedensaktivist*innen – sich selbst verpflichten. Der Druck durch die Gesellschaft muss so groß werden, dass zivile Forschung zum Standard im Wissenschaftssystem wird. Universitäten dürfen sich nicht an Aufrüstung, steigender Aggression und Angriffslust beteiligen. Mit dieser wird Frieden nie erreicht werden. ★

Chris ist aktiv im SDS Leipzig und setzt sich als Teil der Zivilklausel-Initiative für friedliche Forschung an der Universität Leipzig ein.



System Change, not Climate Change!

Der Kapitalismus zerstört unser Klima und auch grüne Formen des Kapitalismus reichen nicht zur Klimarettung aus, meint **Sergen Canoglu**.



Foto: Ralf Lotys

Seit Monaten gehen engagierte Menschen unter dem Label Fridays for Future auf die Straße.

Seit den 1980er Jahren klappt weltweit die Schere zwischen Arm und Reich ungebremst auseinander. Dasselbe können wir auch beim Klimawandel feststellen. 80% der CO2 Emissionen im 20. Jahrhundert wurden von den Industriestaaten herbeigeführt, allein 100 Konzerne sind seit 1988 für 71% der weltweiten Emissionen verantwortlich. Das reichste 1% der Welt verbraucht durchschnittlich 175-mal mehr CO2 als jemand aus den ärmsten 10% der Welt. Die Ungleichheit des Kapitalismus spiegelt sich also auch in der Klimazerstörung wider. Die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung beruht auf der Ausbeutung von Mensch und Natur. Sie droht strukturell, unsere Erde für die profitorientierte Wirtschaftsweise zu zerstören. Kapitalismus bedeutet Spaltung der Gesellschaft in Besitzende und Lohnabhängige. Die Ersten versuchen im Wettbewerb auf möglichst billige Art und Weise maximale Gewinne zu erzielen. Der Konzern muss dieses Ziel realisieren, da er sonst von anderen Konzernen bedroht ist, die ihn kaufen oder vom Markt drängen. Ein

Konzern muss also immer wachsen, um zu bestehen. Kapitalismus und Wachstum bedingen sich also. Aber unbegrenztes Wachstum in einer begrenzten Welt ist langfristig unmöglich – vor allem wenn der Rohstoffverbrauch stetig weiter anwächst. Seit der Industrialisierung wachsen die CO2-Emissionen kontinuierlich an und sanken nur kurzzeitig in der Weltwirtschaftskrise. Jene begrenzten Naturressourcen, die eigentlich allen Menschen gehören sollten, eignen sich Private an und unterwerfen ihre Kontrolle den Marktkräften. Im Namen des Profits werden Sozial- und Umweltstandards umgangen, die Produktion in den globalen Süden ausgelagert und dort Diktatoren unterstützt, welche diese Ordnung brutal durchsetzen. Die Zechen hierfür zahlen die Lohnabhängigen und die Natur.

Keine faulen Kompromisse

Forderungen wie der Green New Deal, der als populärste Form des grünen

Kapitalismus gilt, sind keine Auswege aus der ökologischen Krise, da mit dem Wachstum und dem damit verbundenen rasenden Rohstoffverbrauch nicht gebrochen wird. Hinzu kommt, dass die soziale Frage ignoriert wird. Soziale und ökologische Ungleichheit hängen aber zusammen und können nur gemeinsam gelöst werden! Das sieht man zum Beispiel in Frankreich: Macron versucht durch Steuererhöhungen auf Benzin die Klimakrise anzugehen. Die Kosten lasten aber auf dem Rücken der breiten Gesellschaft statt bei den Verursachern. Zurecht gehen die Gelbwesten dagegen auf die Straße. Solche Vorhaben führen nur zu verschärfter sozialer Ungleichheit, da künftig nur reiche Menschen Autos fahren könnten. Was wir brauchen, ist der massive Ausbau des ÖPNV mit gleichzeitiger Preissenkung, den Umbau der kompletten Wirtschaft auf erneuerbare Energien mit sofortigem Kohleausstieg. Hierfür muss der konsequente Kampf mit der Energie- und Autolobby aufgenommen werden, doch selbst das geht nicht weit genug. Um langfristig nachhaltig und bedürfnisgerecht

mit unseren Ressourcen umzugehen, bräuchten wir eine demokratisch geplante Wirtschaft. Alles andere führt nur dazu, dass Ressourcen aufgrund privater Interessen auch privat angeeignet werden.

Streiken für die Zukunft

Trotzdem brauchen wir jetzt schnelle und radikale Schritte, denn die Uhr tickt. Der sogenannte *Point of No-Return*, der Zeitpunkt, ab dem wir das Klima nicht mehr kontrollieren können, wird bei 1,5°C geschätzt. Um diesen zu erreichen, müssten mindestens die Pariser Klimakonventionen erreicht werden, die jetzt schon einige Staaten krachend verfehlen. Nicht umsonst bestreiken weltweit nun seit einigen Monaten Schüler*innen von *Fridays for Future* jeden Freitag die Schule, um sich für ihre Zukunft einzusetzen. Auch Ende Gelände mobilisiert jährlich erfolgreich zum Blockieren von Braunkohlereviere, die an einem Tag so viel Schaden anrichten, wie der gesamte Autoverkehr in Deutschland. Den Klimaaktivist*innen gehört unsere praktische Solidarität und sie dürfen nicht kriminalisiert werden. Wir alle müssen aktiv werden, um diese große Herausforderung zu bewältigen. Aus Angst um ihren Gewinn finanzieren die Profiteure der aktuellen Ausbeutung unserer Ressourcen die Klimawandelleugner. Denn die Bewältigung der ökologischen Krise stellt das aktuelle System in Frage und immer mehr Menschen wird dies bewusst. Greta Thunberg sagt zu Recht: „Ich möchte, dass ihr in Panik geratet!“ ★



Sergen ist im SDS Köln aktiv und wenn er nicht gerade Bäume umarmt, spielt und unterrichtet er Flunkyball.

ANZEIGE

Stell dir vor, es gibt BAföG und du kannst davon leben

Wer studieren will, muss das auch können – unabhängig vom Einkommen der Eltern und ohne Nächte und Wochenenden in Jobs zu schuften.

Es ist Zeit für ein BAföG, das die realen Lebenshaltungskosten Studierender abdeckt – rückzahlungsfrei und für alle offen, die es brauchen.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

V.i.S.d.P. Sevim Dağdelen, Caren Lay, Jan Korte



Der Brexit als Brandbeschleuniger im Nordirlandkonflikt

Der Konflikt in Nordirland scheint abgekühlt, aber verschwunden ist er nicht. Der Brexit reißt alte Gräben wieder auf, meint Janis Ehling.

1972 führte der Bloody Sunday in Derry zur Eskalation des Nordirlandkonflikts.

In Nordirland tobte bis vor 20 Jahren noch ein Bürgerkrieg, dessen Folgen noch bis heute zu spüren sind. 2015 geriet die nordirische Regierung in eine tiefe politische Krise, weil ein ehemaliges Mitglied der IRA-Führungsspitze auf offener Straße erschossen wurde. Die Konflikte zwischen der irisch-katholischen und britisch-protestantischen Bevölkerung köcheln weiterhin, wie regelmäßige Krawalle zeigen. Noch immer gibt es bewaffnete Gruppen. Politische Konflikte könnten leicht eskalieren, denn der Bürgerkrieg ist längst nicht vergessen.

Konfliktentwicklung

Die Gründe für die aktuellen Konflikte reichen Jahrhunderte zurück. Die Engländer haben Irland gewaltsam unterworfen und den Iren ein politisches Mitbestimmungsrecht lange vorenthalten. Unvergessen ist auch, dass aufgrund der Untätigkeit der britischen Regierung 12 % der Bevölkerung bei der Hungerskatastrophe in der Mitte des 19. Jahrhunderts verhungerten – und ein weiteres Viertel auswanderte. Noch heute ist die Bevölkerung auf der irischen Insel niedriger als 1841.

In Nordirland kommt verschärfend hinzu, dass die britischen Kolonisator*innen eine protestantische Bevölkerung ansiedelten, deren Nachfahren die heutigen Unionisten sind. Nur wegen dieser protestantischen Bevölkerungsmehrheit im Nordosten der Insel wurde Nordirland nach dem irischen Unabhängigkeitskrieg 1921 Teil Großbritanniens.

Unterdrückung der katholischen Minderheit

Da Nordirland ein protestantischer Staat werden sollte, war die Region fortan politisch tief gespalten, denn neben der eher wohlhabenden protestantischen Mehrheit in vielen Städten gab es eine ärmere, überwiegend ländliche katholische Minderheit, die immer weiter wuchs und politisch und sozial massiv diskriminiert wurde. Inspiriert von den vielen sozialen Kämpfen der 68er entstand in Nordirland eine Bewegung gegen die Benachteiligung der Iren. Obwohl die irischen Aktivist*innen stets friedlich für ihre Rechte eintraten, gingen die britischen Loyalisten mit harter Gewalt gegen sie vor: gewalttätige

Übergriffe, Anschläge und politische Morde waren an der Tagesordnung. Nach ersten Anschlägen der Ulster Volunteer Force (UVF) auf katholische Iren im Jahr 1966 gründete sich fünf Jahre später die Ulster Defence Association (UDA), welche zeitweise die Unterstützung der nordirischen Polizei genoss. Infolge dieser zahlreichen Angriffe auf die katholische Minderheit in Nordirland radikalisierte sich die Irish Republican Army (IRA), die sich für eine Wiedervereinigung Irlands einsetzte.

Befriedung des Konflikts

Nach jahrelangen gewaltvollen Kämpfen, in denen über 3.500 Menschen starben, fand eine friedliche politische Lösung des Konflikts immer mehr Unterstützung in der Bevölkerung. Auch Teile der IRA und der Unionisten setzten zunehmend auf Parteien und parlamentarische Wahlen statt Terror und Gewalt. Zum ersten Mal schien eine Einigung zum Greifen nah und mit dem Karfreitagsabkommen vom 10. April 1998 fanden die Konfliktparteien und Großbritannien und Irland

endlich eine Lösung. Wesentlicher Bestandteil des Abkommens war die Regelung zur inneririschen Grenze.

Die Öffnung der Grenze war vor allem für die irische Seite sowohl politisch als auch wirtschaftlich wichtig: Heute passieren täglich 30.000 Menschen die Grenze. Entsprechend stellt sich Sinn Féin gegen den Brexit, während die DUP für den Brexit wirbt. Die aus beiden Gruppen gebildete nordirische Regierung ist in dieser Frage tief gespalten. Die DUP ist mit ihren 10 Mandaten im Unterhaus zudem eine wichtige Mehrheitsbeschafferin für Theresa May, während Sinn Féin seine Mandate traditionell nicht antritt.

Wie weiter?

In den Verhandlungen zum Brexit wurden verschiedene Lösungen erwogen. Ein unregelmäßiger Brexit würde sehr wahrscheinlich Grenzkontrollen für Waren und Personen innerhalb Irlands nach sich ziehen, da eine neue EU-Außengrenze das Land teilen würde. Abgesehen davon, dass dies ein direkter Verstoß gegen das Karfreitagsabkommen wäre, würde es massive wirtschaftliche und politische Probleme vor allem für die verarmte irisch-katholische Bevölkerung mit sich bringen. Sinn Féin fordert deshalb im Falle eines Brexits ein Unabhängigkeitsreferendum wie es im Karfreitagsabkommen vorgesehen ist. Aber so oder so: Die immer noch bewaffneten (Splitter-)Gruppen der jeweiligen Seiten wännen sich schon im Aufwind – erst im Januar kam es wieder zu einem Bombenanschlag. Der ohnehin fragile Friede in Nordirland ist seit den Brexit-Verhandlungen so gefährdet wie lange nicht mehr. ★



Janis ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestag und versucht sich nebenher noch politisch zu engagieren.

ANZEIGE

Welt in Bewegung

Heute ist Weltbewegung

Blätter für deutsche und internationale Politik

4'19

70 Jahre Nato: Von der Konfrontation zur Integration und wieder zurück
August Thiele

Für eine Ökonomie der Hoffnung
Marianne Mazzucato

Der Aufstieg der Gelbwesten:
Eine rechte Revolte?
Johannes Vogel

China gegen Indien:
Der Kampf um Asien
Ulrich Hofer

Wustfalu: Hochwasserchen bekämpfen – aber richtig!
Ulrich Bernau

Mehr Zukunft wagen
Harald Welzer

Green New Deal:
Nutzen wir unsere letzte Chance!
Naomi Klein

www.blaetter.de/probeabo



Auf eine vormalige linke Hegemonie folgt in Lateinamerika die Machtübernahme durch Rechte.

Lateinamerika galt der weltweiten Linken lange Zeit als Vorreiter und Vorbild. Mit dem Wahlsieg von Mauricio Macri 2015 begann allerdings ein Rechtsruck in der Region. Seitdem gelang es der Rechten nahezu überall die Regierung zu übernehmen. Was bedeuten diese Entwicklungen für die Linke weltweit? Bis heute ist die kubanische Revolution von 1959 mit ihrer bäuerlichen und kämpferischen Guerillastrategie durch das Konterfei Che Guevaras auch in der deutschen Öffentlichkeit bekannt. Während Fidel Castros Guerilleros die Macht mit dem Gewehr erstritten, wurde der Wahlerfolg Salvador Allendes und dessen Präsidentschaft ab 1970 weltweit zum Vorbild für einen demokratischen und friedlichen Weg zum Sozialismus. In Europa bildeten sich Solidaritätsbewegungen für die linken Kräfte Lateinamerikas, insbesondere als die

Regierung Allendes mit Hilfe der USA vom chilenischen Militär geputscht wurde. Was dann folgte, waren lange Jahre der Militärdiktatur in Chile und den meisten anderen Ländern. Viele Linke wurden inhaftiert, gefoltert, getötet oder mussten fliehen.

Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts

Mit dem weltweiten Einzug des Neoliberalismus nach Ende der Sowjetunion begann in Lateinamerika ein neuer Zyklus der Linken. Im Süden Mexikos kontrollierten die Zapatistas zunehmend ländliche Gebiete. 1999 gewann Hugo Chávez die Präsidentschaftswahlen in Venezuela und rief Mitte der 2000er Jahre den Sozialismus des 21. Jahrhunderts aus. 2003 wurde der Kandidat der Arbeiterpartei Lula da Silva Präsident Bra-

siliens. Dem folgte eine Welle weiterer sozialdemokratisch oder sozialistisch ausgerichteter Regierungen, die lediglich mit der Ausnahme von Mexiko, Kolumbien und El Salvador 2008 ganz Lateinamerika regierten. Private Rohstoffunternehmen wurden verstaatlicht, ausländische Konzerne stärker in die Mangel genommen, die öffentliche Daseinsvorsorge ausgebaut und über Jahre hinweg eine breite Politisierung der Bevölkerung vorangetrieben. Doch spätestens als 2014 die Rohstoffpreise fielen, schlitterten die allesamt rohstoffexportierenden Länder in die Krise und mit ihr die linken Regierungen.

Putsch und Propaganda

Rechte Reaktionen setzten schon früher ein. 2002 versuchte ein Teil des venezolanischen Militärs mit Hilfe der USA Chávez aus dem Amt zu ent-

fernen. Venezuela, das enorme Öl-vorkommen hält und riesige Mengen an die USA liefert, war den USA von Beginn an ein Dorn im Auge. Der Putsch wurde nur durch eine umfassende Mobilisierung der venezolanischen Bevölkerung gestoppt. Ihm folgten Putschversuche und mehr oder weniger gewaltsame Amtsenthebungen, meist mit Unterstützung der USA, in Honduras, Ecuador, Paraguay und zuletzt gegen Dilma Rousseff in Brasilien. Derzeit versucht die Supermacht die Regierung Nicolas Maduros in Venezuela durch einen „weichen“ Putsch zu Fall zu bringen. In einigen Fällen gelangten die Rechten jedoch auch per Wahlurne an die Macht, etwa in Argentinien. Der 2015 zum Präsidenten gewählte Mauricio Macri unterwarf das Land in kürzester Zeit den neoliberalen Kreditvorgaben des IWF. Seitdem leidet die breite Masse der Bevölkerung unter einer umfassenden wirtschaftlichen Krise. In Ecuador gewann Lenin Moreno unter dem Banner der Linken die Wahlen, schwenkte jedoch bald nach rechts um. In Chile konnte 2017 der neoliberale Sebastián Piñera durch Wahlen zum Präsidenten werden. Der fünf-treichste Mann des Landes hatte die Unterstützung der Weltbank, die die Statistiken über die wirtschaftliche Entwicklung des Landes fälschte, um seine sozialdemokratische Vorgängerin schlecht aussehen zu lassen. In Brasilien wurde 2018 Jair Bolsonaro zum Präsidenten gewählt. Der neue Wirtschaftsminister Paulo Guedes, sowie Bolsonaro beziehen sich positiv auf die chilenische Militärdiktatur und betont ihre vorbildliche wirtschaftliche Entwicklung.

Die Macht der Straße

Eine Ausnahme stellt Mexiko dar. Das Land, das auch während der Linkswende eine rechte Regierung beibehalten hatte, wählte 2018 den linksprogressiven López Obrador zum Präsidenten. Gleichzeitig lässt sich auch ein Aufwind linker Mobilisierungen in vielen weiteren Ländern der Region feststellen. So bringen die feministischen Proteste in Argentinien oder die Demonstrationen gegen das neoliberale Rentensystem in Chile hunderttausende Menschen auf die Straße. Während sich die Rechte in der Regierung ihr neues Zuhause einzurichten versucht, bleibt die Linke vielerorts auf der Straße stark. ★



Jakob schreibt für die PROKLA und promoviert zu Konflikten in Chile und Indien. Anna ist in Chile aufgewachsen und promoviert zu Folgen des chilenischen Bergbaus.

Die Medienkrise in Deutschland und die Darstellung Russlands

Um die Berichterstattung über Russland zu verstehen, muss man sich mit Arbeitsbedingungen im Journalismus beschäftigen.
Ein Kommentar von Benni R.



Zeitungen geraten zunehmend unter Zeitdruck - das wirkt sich auf die Qualität der Nachrichten aus.

Am 1. Februar dieses Jahres kündigten die USA die INF-Verträge auf, welche sie 1987 mit der Sowjetunion geschlossen hatten, um atomare Kurz- und Mittelstreckenraketen zu ächten. Im SPIEGEL begann die Berichterstattung hierüber mit den Worten: „Die Verhandlungen mit Russland sind erfolglos geblieben“ und stellte damit die US-Vorwürfe des russischen Vertragsbruchs in den Vordergrund (SPON, 1.2.19). Nicht erwähnt wurde zum Beispiel, dass die Rüstungsausgaben in den USA ums neunfache höher liegen als in Russland (2017). Die Taz titelte „Putin will den Längsten“ (3.2.19) und die ZEIT nannte die Aufrüstung gar „Ein Geschenk aus Washington“ (6.2.19). Medienkritik ist hierzulande umstritten, nicht erst seit Pegida-Demonstrant*innen „Lügenpresse“ rufen. Linke tun gut daran, sich von rechter

Medienkritik zu distanzieren. Aber Kritik ist nötig.

Russland, der Dämon

Die russisch-westlichen Beziehungen sind seit 1991 von Kooperation in Zeiten der Schwäche Russlands und von westlicher Konfrontation in Zeiten russischer Stärke geprägt, wie Jörg Kronauer darlegt (2018). So gab die BRD dem russischen Präsidenten Jelzin einen Milliardenkredit, als er 1996 die Wahlen gegen den Kommunisten Sjuganow zu verlieren drohte. Auch vom Petersburger Außenhandelsreferent der 90er, Wladimir Putin, erhoffte man sich weitere wirtschaftliche Vorteile. Mit der innenpolitischen Konsolidierung Russlands und dem eigenständigen außenpolitischen Auftreten seit dem Jahr 2000 verschlechterten sich die

Beziehungen allerdings merklich. Das Russlandbild in den deutschen Medien ist einseitig - das schilderte auch Daria Gordeeva 2017. Sie analysierte hierfür Ausschnitte der Tagesschau analysiert. Seit 2015 habe die Berichterstattung eine neue Qualität erreicht: Mit der Ukraine-Krise werde Russland verstärkt dämonisiert und Putin als Personifizierung einer aggressiven russischen Großmachtspolitik präsentiert. Es würden vor allem negative Ereignisse wie die Repression gegen Oppositionelle in den Mittelpunkt gestellt und positive Aspekte wie die teilweise Wiederherstellung des Sozialsystems ausgeblendet.

Fehler des Systems

Für einseitige Berichterstattung gibt es Ursachen, die (fast) nichts mit Verschwörung zu tun haben. Gabri-

ele Krone-Schmalz, ehemalige Moskau-Korrespondentin der ARD, nennt den Konformitätsdruck unter Journalist*innen und die aktivistische Gesinnung vieler Kolleg*innen (2017). Michael Meyen, Kommunikationswissenschaftler aus München, spricht von „Medialisierung der Politik“ als wichtigem Moment (2018): Die großen PR-Abteilungen politischer Institutionen sind den durch Stellenkürzung geschwächten Nachrichtenagenturen und Redaktionen überlegen. Während letztere sich täglich bemühen, ihre Seiten zu füllen, liefern erstere ihnen mundgerechte Nachrichten. Das zeigt sich in der ähnlichen oder sogar gleichen Wortwahl vieler großer Redaktionen. Kernproblem ist die beschleunigte Monopolisierung der Medienlandschaft, gerade in Zeiten, die von Auflagenrückgang und Kürzungen in Redaktionen geprägt sind. Journalist*innen haben heute nicht nur weniger Zeit, sondern sind auch verstärkt von Arbeitslosigkeit bedroht, was kritisches Nachdenken erschwert und Meinungsverschiedenheiten mit der Chefredaktion riskanter macht.

Auch politische Manöver, wie z.B. massive Preiserhöhungen der Deutschen Post für die Zustellung, beschleunigen den Niedergang oder die Übernahme kleiner Zeitungen. Insofern ist die Vereinheitlichung der Medienlandschaft vielmehr durch strukturelle Vorgänge, als durch persönliche Absichten geprägt. Doch auch sie spielen eine Rolle, wie der Medienwissenschaftler Uwe Krüger in einer Studie (2013) nachweist. Die Redaktionsleitungen der großen Zeitungen in Deutschland sind eng verbunden mit politischen und wirtschaftlichen Eliten. So ist etwa Stefan Kornelius, außenpolitischer Ressortchef der Süddeutschen Zeitung, Mitglied der Atlantikbrücke und der Münchner Sicherheitskonferenz.

Stattdessen?

Aus dieser Einschätzung ergeben sich außen-, aber auch medienpolitische Schlussfolgerungen: Zum einen, dass Deeskalation und Dialog dem Frieden mehr zugute kommen als Konfrontation und Druck. Die Grundlage dafür ist eine sachlichere, pluralere mediale Darstellung Russlands. Für mehr Meinungsvielfalt und tiefere Reflexion sind aber bessere Arbeitsbedingungen für Journalist*innen essentiell. Diese müssen durchgesetzt werden für eine analysierende und vor allem kritische Medienlandschaft. ★



Benni studiert in Frankfurt am Main und sucht nach guter Literatur zu Medientheorie

Semestertermine



Auf der ganzen Welt wird seit Monaten freitags die Schule und die Uni bestreikt – solange bis der Klimawandel ernst genommen wird und endlich Taten folgen, um unsere Zukunft zu retten. Warum auch zur Schule oder Uni gehen und lernen für eine Welt, an deren Zerstörung täglich gearbeitet wird? Die Schüler*innen der Bewegung „Fridays for Future“ streiken für echten Klimaschutz und für einen Kohleausstieg, der nicht noch zehn Jahre auf sich warten lässt. Sie fordern, dass Klimapolitik nicht den Unternehmen und den politischen „Profis“ überlassen wird, sondern in die Hände derer gelangt, die täglich unter den Folgen des Klimawandels leiden: den Menschen dieser Erde. Arme Menschen leiden besonders unter den verheerenden Auswirkungen der Umweltzerstörung. Am härtesten getroffen sind die Menschen des sogenannten Globalen Südens, deren Lebensgrundlagen zerstört werden, damit Unternehmen immer höhere Profite erzielen können. Für die Aktivist*innen der „Fridays for Future“-Bewegung ist klar, dass Klimapolitik auch immer Sozialpolitik ist und wir unser Wirtschaftssystem radikal verändern müssen. Greta Thunberg, schwedische Klimaaktivistin, bringt es auf den Punkt: „We can no longer save the world by playing by the rules. It's time to rebel to save the future.“ Neben den Streiks jeden Freitag ist für den 21. Juni 2019 eine Großdemonstration von Fridays for Future in Aachen geplant



Im September wird in Sachsen (sowie Brandenburg und Thüringen) ein neuer Landtag gewählt und die Prognosen verheißen nichts Gutes: Erfolge für die AfD, im schlimmsten Fall sogar eine schwarz-blaue Koalition. Das könnte dramatische Konsequenzen haben: ein noch schärferer Umgang mit Migrant*innen, Schwierigkeiten für alternative Kulturprojekte, Angriffe auf vielfältige Bildung in Schulen, oder eine verschärfte Sicherheitspolitik inklusive neuem Polizeigesetz. Das bleibt jedoch nicht unwidersprochen: Zahlreiche Menschen in Deutschland und Sachsen kämpfen seit Jahren für Demokratie und soziale Gerechtigkeit, gegen Rassismus und gegen das Sterben im Mittelmeer, für die Verteidigung unserer Freiheitsrechte und für eine ökologische Zukunft.

Alle diese Kämpfe wollen wir im Sommer gemeinsam auf die Straße tragen und zeigen, dass sich Sozialstaat, Flucht und Migration nicht gegeneinander ausspielen lassen! Anschließend an die Demonstration letzten Herbst in Berlin, bei der 250.000 Menschen auf die Straße gegangen sind, wird es dieses Jahr in Sachsen einen #unteilbar-Sommer mit zwei Demonstrationen geben: am 06. Juli findet eine #unteilbar-Demonstration in Leipzig statt und am 24. August eine in Dresden. Dazwischen soll es zahlreiche weitere Aktionen geben, unter anderem eine Konzerttour auf dem sächsischen Land. Vor allem aber sollen diese Demos uns Kraft geben und uns dabei helfen, Bündnisse zu schmieden für die Zeit nach den Landtagswahlen. Denn da heißt es: Druck aufbauen und eine schwarz-blaue Koalition verhindern!

Wir rufen euch alle auf: beteiligt Euch an den #unteilbar-Demonstrationen, werdet aktiv! Lasst uns gemeinsam für eine solidarische, vielfältige und offene Gesellschaft kämpfen!

DIELINKE.SDS

WER WIR SIND UND WAS WIR MACHEN

dielinke.SDS – kurz für Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband – ist der einzige bundesweit aktive sozialistische Studierendenverband. Der SDS steht der Partei DIE LINKE nahe und setzt sich für eine kämpferische und sozialistische LINKE ein. Wir verstehen uns als Teil einer breiten linken Bewegung. dielinke.SDS streitet für bessere Studienbedingungen an den Hochschulen und sieht dies als Teil einer umfassenden gesellschaftlichen Auseinandersetzung gegen den marktradikalen und antidemokratischen Umbau der Gesellschaft, gegen Sozialabbau, gegen Ausgrenzung und Diskriminierung aller Art, gegen Krieg und Umweltzerstörung. In unserem Selbstverständnis heißt es: „Der Kapitalismus ist für uns nicht das Ende der Geschichte. Wir stehen ein für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und stellen ihr unsere handlungsbestimmende Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft entgegen.“

LOKAL VERANKERT...

SDS-Gruppen gibt es bundesweit an ca. 60 Hochschulen. In den Hochschulgruppen wird ein großer Teil der Arbeit gemacht. Ob Lesekreise zu sozialistischen Klassikern oder aktuellen Büchern, Organisation politischer Bildungsveranstaltungen, Arbeit in den Unigremien, Unterstützung von Geflüchteten oder Anti-Nazi- und Anti-AfD-Protesten: die Bereiche und Aktionen der lokalen Gruppen sind vielfältig.

...UND BUNDESWEIT AKTIV.

Der SDS ist keine Ansammlung autonomer Kleingruppen, sondern ein bundesweiter Akteur. Durch unsere handlungsfähige Bundesstruktur können wir aktiv in das politische Geschehen eingreifen. Wir haben das Frauen*kampftag-Bündnis mit initiiert und auch bei den G20-Protesten eine wichtige Rolle gespielt und beteiligen uns zurzeit an der Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“. Bundesweite Aktivität erschöpft sich bei uns aber nicht darin, ein paar Demos mitzugestalten. Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der 68er-Bewegung organisierten wir einen großen Kongress, der mit vielen Veranstaltungen und einem spannenden thematischen Kulturprogramm die öffentliche Debatte um die Studierendenbewegung der 68er bereicherte. Auf unserer jährlichen Sommerakademie diskutieren wir gemeinsam und bilden uns weiter. Darüber hinaus hat der SDS mehrere Arbeitskreise, in denen wir uns vertieft mit einem bestimmten Thema auseinandersetzen. Ob zu Feminismus, Hochschulpolitik oder dem Kampf gegen die AfD: In vielen Bereichen diskutieren und entwickeln wir Alternativen. Das Produkt eines Arbeitskreises hältst du gerade in der Hand: die critica. Insgesamt gibt es derzeit vier Bundesarbeitskreise (BAKs) im SDS:

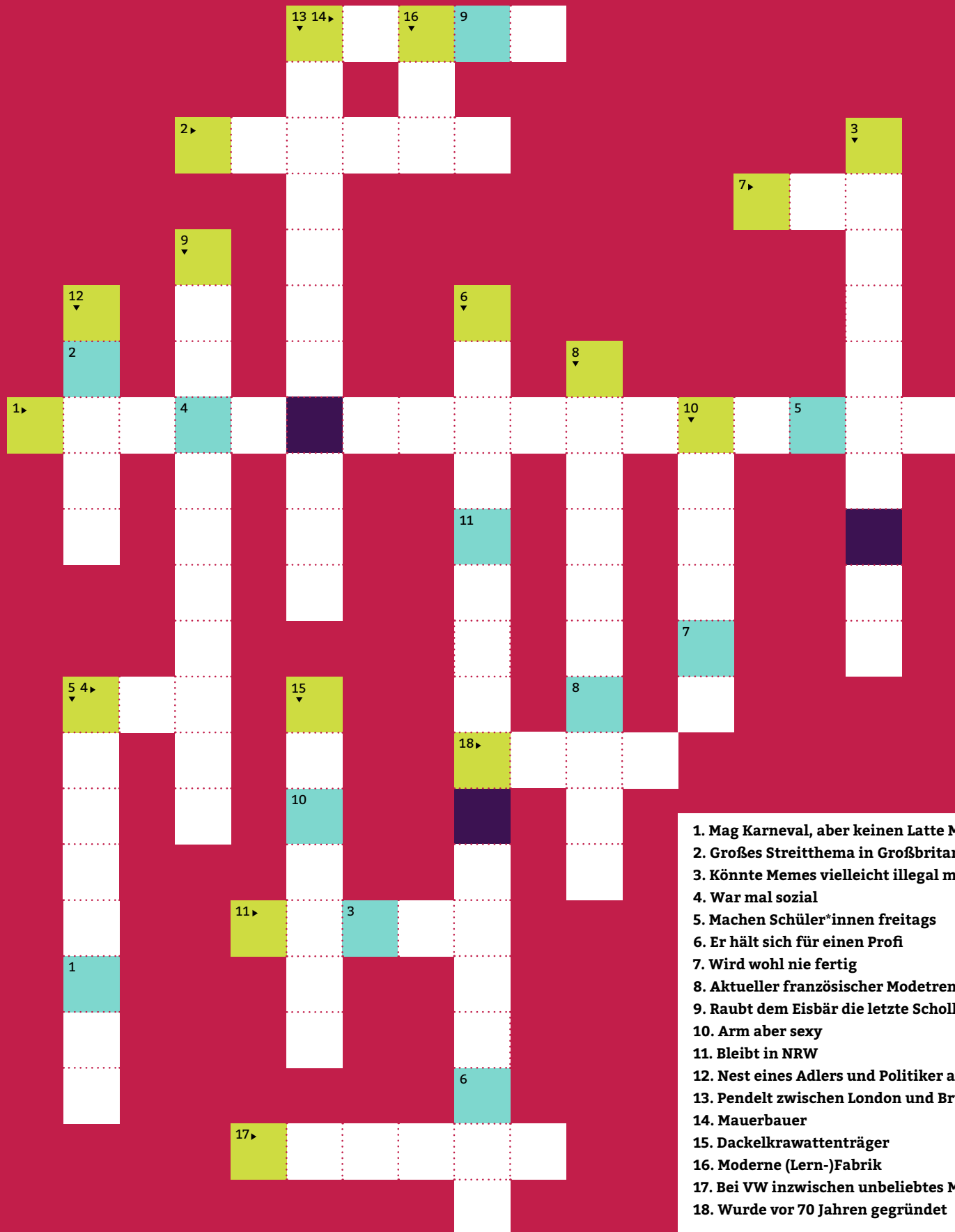
- BAK SOZIALISTISCHER FEMINISMUS
- BAK HOCHSCHULPOLITIK
- BAK POLITISCHE BILDUNG
- CRITICA-REDAKTION

AKTIV WERDEN!

Die Welt verändert sich nicht von allein. Eine bessere Gesellschaft braucht Menschen, die sich mit Begeisterung dafür engagieren. Support your local SDS!

SO ERREICHST DU UNS:
WWW.LINKE-SDS.ORG
INFO@LINKE-SDS.ORG
030/24009134

criticross



1. Mag Karneval, aber keinen Latte Macchiato
2. Großes Streitthema in Großbritannien
3. Könnte Memes vielleicht illegal machen
4. War mal sozial
5. Machen Schüler*innen freitags
6. Er hält sich für einen Profi
7. Wird wohl nie fertig
8. Aktueller französischer Modetrend
9. Raubt dem Eisbär die letzte Scholle
10. Arm aber sexy
11. Bleibt in NRW
12. Nest eines Adlers und Politiker aus Bayern
13. Pendelt zwischen London und Brüssel
14. Mauerbauer
15. Dackelkrawattenträger
16. Moderne (Lern-)Fabrik
17. Bei VW inzwischen unbeliebtes Mischbier
18. Wurde vor 70 Jahren gegründet

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11